sein Wohlwollen wurden. Der Spartakusbund gebärdet sich zur Zeit darin, uns als „nationalkommunistisch" zu verschreien, womit es in Deutschland zwar keine Lorbeeren erntet, was aber im Auslande jede wohl zu einer völlig falschen Beurteilung unserer Standpunkte führen könnte.

Ich glaube, daß das Material, das der Genosse, der diesen Brief überbringt, mit sich führt, anziehen wird, um Euch zu ermöglichen, über die revolutionäre Bewegung in Deutschland Euch selbst ein Urteil zu bilden. Wenn Ihr einiges davon für geeignet zum Abdruck in Eurer Presse halten, so bin ich damit durchaus einverstanden. Ueber die terroristische Brutalität, mit der die Regierung der Union die revolutionäre Bewegung in Amerika vergeblich niederzuhalten versucht, sind wohl hier unterrichtet. Ihr erfahrt jetzt die gleiche Niedertracht der Behandlung, die uns während des ganzen Krieges durch die Militärdiktatur beschieden war, wo unsere aktiven Genossen immer zwischen Gefängnis und Schützengräben hin und her pendelten. Jenen warfen uns Hochverrat vor, Matrosen als „Bandenverräter" an die Wand gestellt. Aber nichts war umsonst, die sich zusammenballende revolutionäre Energie gerinnt zu dünnen, und in einem gewaltigen Aufstand, der mit elementarer Wucht von Norden nach Süden rollte, entlud sich die gesammelte Kraft.

So wird auch bei Euch der terroristische Druck nur die Energieen verdoppeln. Die weltrevolutionäre Bewegung schreitet mit ehernem Schritt über die Länder und Meere. Das anglo-amerikanische Finanzkapital hofft so vergeblich, durch den Frieden von Versailles gerettet zu werden, wie das imperialistische Deutschland vergeblich verhoffte, durch den Schandfrieden von Brest-Litowsk die eigene Existenz sichern zu können. Der Friede von Versailles, weit entfernt davon, ein wirklicher Friede zu sein, ist nur der Waffenstillstand, dessen die weltrevolutionäre Bewegung bedarf, um über den Bürgerkrieg den imperialistischen Weltkrieg in den revolutionären Krieg der allgemeinen Völkerbefreiung vom Joch des Imperialismus umschlagen zu lassen. Deutschland hat kraft seiner geographischen Lage im Herzen Europas und kraft seiner Bedeutung als stärkste konzentrierte und organisierte Industriemacht der Erde die Aufgabe, eine gewaltige Durchbruchsschlacht der Weltrevolution zu schlagen. Die Arbeiterklasse Deutschlands auf diese ihre geschichtliche Mission hinzuweisen, um den Ausbruch der revolutionären Massenerhebung zu beschleunigen, das halten wir für das nächste und wichtigste Ziel unserer revolutionären Propaganda. Erst die Erhebung der deutschen Arbeitermassen gegen das anglo-amerikanische Finanzkapital gibt Euch die Bahn frei, zum berauschenden Schlage hegen Eure Unterdrücker auszuholen.

Indem ich Euch in Eurem schweren Kampfen baldigen Erfolg wünsche, verbleibe ich mit revolutionärem Gruß Euer Genosse Fritz Wolffheim.

Politische Rundschau.

Die Hyäne des Münchener weißen Schreckens an das Hamburger Proletariat.

Der Ortsgruppe Hamburg der KAPD. ging in diesen Tagen aus der Festung Plassenburg bei Kulmbach folgender Brief zu:

Aus der Festung Plassenburg entbieten 48 politische Gefangene Euch Allen kommunistische Brudergrüße.

Der gemeinsame Kampf um die Herrschaft des Proletariats, die blutigen Erfahrungen von 18 Monaten bürgerlicher Demokratie, das jämmerliche Versagen der „Führerparteien", der Anschauungsunterricht der russischen kommunistischen Parteiregierung mit den Lehren des 9. Kongresses der kommunistischen Partei Rußlands zeichnen klar den Weg, den das deutsche Proletariat zu gehen hat. Führerpartei, hier geht die Phrase über den Inhalt, Massenpartei, hier geht der Inhalt über die Phrase hinaus. Wir grüßen das Proletariat Hamburgs als den unerschrockenen Bannerträger der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, das in hoffnungslosen Tagen Hirn und Herz der Massen gewesen ist. Der Tag ist nicht mehr fern, da „parlamentarische Arbeiterparteien" vor den Augen des deutschen und internationalen Proletariats ihr Testament machen und unter dem Donner einer versinkenden Welt als politische Meteore ihre Rolle beschließen. Die Kastration kann die Zeugung nicht mehr gewinnen, Führerparteien gewinnen die Massen nicht mehr.

Es lebe der Bolschewismus! Es lebe die Massendiktatur!

Die Proletarier der Festung Plassenburg.
(folgen 48 Unterschriften.)

Wann fällt Bayern ab?

Der Wahl-Rummel, diese abgeschmackte Komödie, lenkt die Aufmerksamkeit des Proletariats von dem ab, was in Bayern vor sich geht. Als die Entente die Auflösung der Einwohnerwehren verlangte, waren es maßgebliche politische Stellen Bayerns, die erklärten, Bayern denke nicht an die Auflösung. Während im Uebrigen Reich eine Milderung der Preßknebelung zu verzeichnen ist, geht die bayerische Regierung dazu, das Preßknebel noch schärfer anzuziehen. Diese bayerischen Mätzchen sind nur äußere Erscheinungen der vom Bürgertum stärker und stärker geübten Separationsgelüste. Bayern will vom Reiche los, je eher desto besser, es träumt davon, mit Deutsch-Oesterreich eine Einheit einzugehen, für die, wenn sie sich mit Entschiedenheit gegen die proletarische Bewegung wendet, das Wohlwollen der Entente erhofft wird. In Münchener Sauflunden schwadronieren Kraftmeier aller Grade auch davon, daß man im Fall geglückter Separation sofort enge Beziehungen zu Ungarn aufnehmen müsse, womit man die flöten gegangene Selbständigkeit derselben Entente gegenüber wiedergewonnen zu haben glaubte. Die bayerische Bourgeoisie ist entschlossen, lieber den Bürgerkrieg zu entfesseln, als irgendwelche Konzessionen an die Arbeiterklasse, die auf dem Weg der revolutionären Entwicklung fortschreiten will, zu machen. Die Reichsregierung ist ohnmächtig, dem gefährlichen Treiben Einhalt zu gebieten. Das revolutionäre Proletariat wird die bayerische Reaktion zu bändigen haben.

Parteimüdigkeit bei den Bürgerlichen.

Die Umgruppierungen in der Front der den Wahlkampf aufnehmenden bürgerlichen Parteien, die eine allgemeine Rechtsbewegung — von den Demokraten ist eine ganze Gruppe unter Führung von Wiemer, Mugdan und Michelet zu den Nationalliberalen abgewandert — gaben verschiedenen bürgerlichen Blättern Veranlassung, von einer „Parteimüdigkeit" im bürgerlichen Lager zu sprechen. Die „Voss. Ztg." meint, die bürgerlichen Parteien seien nicht für die Endziele bestimmte Gebilde, sie seien politische Windfänger gewesen, es müsse eine vollkommene Neuordnung der Parteien mit ganz veränderten grundsätzlichen Weltanschauungsprogrammen eintreten. Das „Berl. Tgbl." sagt, daß alle modernen Elemente eine mit wirtschaftlicher Einheitspartei verlangten; welche Art der Politik diese Partei des in seinen Geldsächkisten bedrohten koalierten Bürgertums treiben würde, braucht nicht dargelegt zu werden. Das eine hat das Bürgertum jedenfalls erkannt: es braucht eine vom Parteigedanken alten Stils losgelöste Organisation, die den bürgerlichen Verteidigungskampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet führen soll. Die Allgemeine Arbeiter-Union, die heute noch von manchen Teilen des Proletariats empört abgelehnt wird, wird diesen Gruppen vom Bürgertum selber bald aufgedrängt werden.

Dada.

Nach einer englischen Meldung haben sich die politischen Parteien in Aserbeidschan dahin geeinigt, die Regierungsgewalt in die Hände einer Sowjetbehörde zu legen, worauf die Bolschewisten die Republik Aserbeidschan als selbständigen Staat anerkannt haben. Bolschewistische Truppen haben am 28. April Baku besetzt. Diese Republik Aserbeidschan war eine menschewistische Schöpfung von Englands Gnaden. England hoffte die Oelfelder von Baku in die Hand zu bekommen und damit auch die Kaspische See als neuen englischen Binnensee in die Weltkarte zeichnen zu können. Als vor vier Monaten der Hafen Krasnowodsk an der Ostküste der Kaspischen See von Sowjet-Rußland besetzt wurde, verlor England erstes Terrain. Zwischen Baku und Krasnowodsk besetzt seit langem ein lebhafter Schiffsverkehr, so daß den wirtschaftspolitischen Einfluß in einem Gebiet, das vor den Toren Persiens und Mesopotamiens gelagert ist, die russische Sowjetrepublik in Händen hat. Die englische Presse läßt nicht erkennen, daß England geneigt wäre, den Bolschewisten den neu errungenen Besitz streitig zu machen. Im Gegenteil, England verfolgt den Weg, sich mit Sowjetrußland zu verständigen, mit Bestürzung. Wie ein Affront gegen Japan wirkte die Erklärung Cecil Harmsworth im Unterhause, daß Japan der Sowjetregierung nicht den Krieg erklärt habe. Sodann der britischen Regierung bekannt sei, beabsichtige Japan nicht, ein Protektorat oder ein Mandat in Ostsibirien einzurichten. Es existiere kein Abkommen zwischen Japan und den Alliierten über das japanische Vorgehen in diesen Gebieten. Harmsworth sagte ferner, bekannt sei, daß Sowjettruppen in Südrußland und im Kaukasus konzentriert würden, doch nicht bekannt, ob sie beabsichtigten, Palästina oder Mesopotamien zu bedrohen. Es seien diplomatische Schritte eingeleitet worden, um die Lage klarzustellen. Der Erklärung von Sir Kenyon, man werde die wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland uneingeschränkt aufnehmen, folgt jetzt die Erklärung der englischen Regierung, sie werde als erste den diplomatischen Verkehr mit Rußland aufnehmen und sich zunächst über die mesopotamische Frage mit Moskau unterhalten. — Wieder fällt vom Tisch im Osten, auf den jetzt aufgetragen wird, auch ein Brocklein für Deutschland ab.

Es wird nichts vergessen werden!

Die tausendfachen bestialischen Morde der ungarischen Bourgeoisie an Kommunisten, die Folterungen in den Höfen der Gefängnisse, die Verstümmelungen, die Mordanschläge auf die von der deutsch-österreichischen Regierung internierten ungarischen Volkskommissare — nichts wird vergessen werden. Es kommt der Tag, an dem der ungarischen Bourgeoisie das alles tausendfach heimgezahlt werden soll. Die deutsche Regierung aber genießt Vertreter der Mörderbande, die sich Regierung Horthy nennt, Gastrecht auf deutschem Boden, anstatt sie sehr energisch über die Grenze zu befördern. Selbstschutz gegenüber diesen in ungarischen Verbrechergesindel mahnt dringend ans Pleite.

Allgemeiner Nachrichtenteil.

Da dieser Teil, die wir jetzt ab sündig erscheinen, [illegible] die wichtigsten Tagesereignisse kurz registriert werden, sodaß die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" die Tageszeitung, die wir vorläufig nicht in der Lage sind herauszubringen, zu ersetzen vermag.)

23. April. Die dänischen Reichstagswahlen lassen die radikale Sozialdemokratie von 32 Mandaten 15 verlieren und die reaktionären Gruppen als Sieger hervorgehen. — Verbot der kommunistischen „Neuen Zeitung" in München. — Rücktritt des Generals Maltzer. **Die Rote Armee besetzt Baku.**

24. April. Die Gen. Kenner Konferenz der Alliierten Ministerpräsidenten beschließt die volle Wiederaufnahme Beziehungen zu Rußland. — Aus Formationen aller Waffenkreise wird eine republikanische Elite-Truppe, die „Brigade Döberitz" gebildet, mit deren Führung der General Reinhardt beauftragt wird. — Aufnahme der polnischen Offensive gegen die ukrainische Front Sowjet-Rußlands. Die Rote Armee wird zurückgedrängt. Der polnische Stoß zielt auf Kiew.

1. Mai. Generalstreik der französischen Eisenbahner für Verstaatlichung der französischen Bahnen. — Die englische Regierung erklärt die Nachricht, daß Japan Sowjet-Rußland den Krieg erklärt habe, für falsch.

Aus Groß-Berlin.

„Versammlungsschutz".

Der Polizeipräsident von Berlin hatte am 28. April Vertreter sämtlicher Parteien zu sich geladen, um sie mit seinen Absichten über einen einzurichtenden Versammlungsschutz für die Wahlkampagnen bekannt zu machen. Dieser Versammlungsschutz solle gegenüber, den Sprengkolonnen in Anwendung kommen, falls deren Treiben Leben und persönlicher Sicherheit bedrohe. Deutlich war aus den Worten des Polizeipräsidenten wie denen seines Assistenten heraus zu hören, daß man die Befürchtung hegte, die KAPD. sei es, bis derartige Sprengkolonnen organisiere, was ja bei den Lügen, die die Reichszentrale des Spartakusbundes in dieser Beziehung in ihrem Blatt verbreitet hat, nicht weiter verwunderlich war. Der Vertreter unserer Partei gab die Erklärung ab, daß die KAPD. weder solche Sprengkolonnen organisiert habe, noch daran denke, Wahlversammlungen zu sprengen, sie werde im Gegenteil die Wahlversammlungen benutzen, um den kommunistischen Gedanken in die Massen zu tragen. Dringend warnen müsse sie jedoch davor, auf vorherigen Wunsch eines Versammlungsleiters polizeilichen Schutz für die betr. Versammlung in der Nähe des betr. Versammlungslokals bereit zu stellen, wie es die Absicht des Polizeipräsidenten sei. Die Gefahr liege sehr nahe, daß ein Versammlungsleiter, sammt ein rechtsstehender, diese Handhabe benutzen könne, um durch das Herbeirufen der Polizei provokatorische Szenen zu entfesseln, womit das Gegenteil von Ruhe und Sicherheit erreicht werde. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, wie zu erwarten war, widersprachen dem lebhaft, die Vertreter der SPD. und USP. nahmen eine unentschiedene Haltung ein. Hervorzuheben ist die Erklärung des Polizeipräsidenten, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes unmittelbar bevorsteht.

Aussprüche großer Zeitgenossen über den Parlamentarismus.

(Aus der Berliner Bezirksgeneralversammlung der USP.)

Däumig: Das Parlament ist mit dazu zu benutzen, um es zu sprengen. Nicht wegen Gesetzesfiskerei darf man in die Kommissionen gehen, sondern um hinter die Schäfte der Bürgerlichen zu kommen.

Luise Zietz: In die Kommissionen darf man nicht nur, um hinter die Schäfte der Gegner zu kommen, sondern auch um etwas Positives herauszuholen. Deutsch führen wir den Klassenkampf, um uns drinnen zu stützen, damit etwas erreicht werden kann.

Lebebour: Im Parlament muß gründlich gearbeitet werden! Däumig müsse man sagen, wo der Antiparlamentarismus beginne, der halbe und der Wirtschaftsparlamentarismus anfange. Die Schwierigkeiten Däumigs kamen vollkommen daneben und beweisen, daß Däumig keine praktische Erfahrung hat.

Richard Müller: Dem Treiben der Bürgerlichen, und Rechtssozialisten in den Kommissionen muß unsere grundsätzliche Auffassung gegenüber gestellt werden.

Crispien: Im Fall einer sozialistischen Mehrheit wird die Diktatur des Kapitals mehr erkannt als bisher. Habe der Kapitalismus die Macht, dann wurde er Parlament und Regierung davonjagen. (??)

Verantwortlicher Redakteur: Stadt, Berlin. Druck: J. A. Ludwigs, Berlin; Wilhelmsen & Co., Leipzig in Hamburg.

Nummer 94

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 20 Pfennige.

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Allgemeiner Nachrichtenteil.

3. Mai. Der Allgemeine Arbeiterverband in Frankreich erläßt eine programmatische Erklärung, in der es u. a. die Errichtung eines internationalen Konzeptionsamts zur Verteilung der Rohmaterialien, eine internationale unter der Kontrolle des Völkerbundes (!) stehende Handelsflotte, Regulierung der Frachtpreise und gleichmäßige Ernährung aller Länder fordert. Derselbe Verband konstituiert sich als Streikkomitee, um die allgemeine Leitung der zunehmenden Russlandsbewegung zu übernehmen. Der Eisenbahnerstreik wird durch einen Solidaritätsstreik der Seeleute und Hafenarbeiter von Havre, Cherbourg, Brest, Marseille und Bordeaux unterstützt. — Revolten der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien gegen die polnische Abstimmungs-Agitation. — Kiew wird von den Polen besetzt. — Emanuel Wurm gestorben.

4. Mai. Die deutsche Regierung führt bei der französischen Besetzungskommission in Oberschlesien Beschwerde wegen des offenen Beziehens polnischer Aufstandspläne in Oberschlesien und verlangt die Ausweisung der polnischen Agitatoren.

5. Mai. Die französische Regierung weist die deutsche Note über die Räumung Frankfurts und des Mainguaus ab. Die besetzten Städte der neutralen Zone sollen geräumt werden, sobald die nächstjährigen Vertragsverpflichtungen durch Deutschland erfüllt seien. — Französische und englische Ministers erklären, der Kampfwert der polnischen Truppen sei äußerst gering. — Streik der Bankangestellten der Großbanken in ganz Mittel- und Niederschlesien.

6. Mai. Eisenbahnerstreik in Livorno und Viareggio. Kämpfe zwischen den italienischen Arbeitern und Truppen. — Unsicherheit an den französischen Eisenbahner-, Hafen- und Bergarbeiterstreiks. — Verhaftung Lortsch. — Der Großkapitalist Stinnes kauft die halbamtliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" auf, nachdem er vorher die „München-Augsburger Abendzeitung" gekauft hatte.

Rußlands Krieg gegen Polen.

Der revolutionäre Krieg als Klassenkampfmittel.

In dem Augenblick, da Sowjet-Rußland von der alliierten Bourgeoisie mit Waffengewalt bedroht wurde, wurde eine Situation geboren, in der die den Sowjets aufgedrängte Verteidigung eines Tages in einen Angriffskrieg gegen jenen Bourgeoisstaat umschlagen mußte, der die Entwicklung Sowjet-Rußlands unmittelbar bedrohte und damit auch als Hindernis der weltrevolutionären Entwicklung in Erscheinung trat. Es wurde eine Situation geboren, in der der revolutionäre Krieg nicht mehr als eine mehr oder weniger passive Abwehraktion des bedrohten Teils des Proletariats erscheint, sondern in der der revolutionäre Angriffskrieg als Klassenkampfmittel, als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Imperialismus erscheint.

Rußland ist dem von den Herren Petljura und Pilsudski vorgetragenen Krieg nicht ausgewichen, es hat ihn angenommen. Rußland erkennt, daß in gegenwärtiger Situation der Sieg des sozialistischen Gedankens und die Rettung und Sicherung der Sowjet-Verfassung nicht abhängig gemacht werden kann, von einem passiven Abwarten des Augenblicks, wo die polnischen Arbeiter und Bauern den unmöglichen polnischen Bourgeoisstaat ein Ende bereiten und die polnische Sowjet-Republik errichten, sondern daß ein revolutionärer Stoß mittels eines revolutionären Krieges zu jenen Faktoren gehört, die die Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische bewirken.

Diesem Gedankengang entspricht durchaus der Aufruf der Sowjetregierung an die Arbeiter, Landleute und Rotem Soldaten, in dem es u. a. heißt: Sowjet-Rußland welches Denikin, Koltschak und Judenitsch besiegt hat, ist imstande, mit Feuer und Stahl den polnischen „Pans" (Pan, polnisch, heißt Herr) und denen, die hinter ihnen stehen, zu beweisen, daß die Zeit, wo das russische arbeitende Volk wehrlos war, zu Ende ist. Ihr könnt den polnischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten einen solchen Schlag versetzen, daß sein Echo in den Straßen aller Hauptstädte der Erde widerhallt".

Man soll nicht pathetisch werden. Aber das ist ein Satz, in dem etwas vom Klang und Rhythmus der Marseillaise lebt und von dem man hoffen kann, daß er in den Ohren des sozialistischen Heimkriegers tönen, und dem wir in Deutschland gefeiert sind, hoffen bleibt. Dieser Satz sagt, daß der Krieg Rußlands gegen Polen, der als Abwehrkrieg eröffnet, sich wandeln muß und wandeln wird in einen revolutionären Angriffskrieg, der die Barriere des polnischen Bourgeoisstaats in Trümmer zu schlagen hat um Rätse und Rote Armee Antwort herschend auf die eherne Frage, die die Geschichte gestellt hat, vor Deutschland erscheinen zu lassen.

Die Entente-Bourgeoisie, die in der englischen Regierung ihre politisch klügste Vertretung hat, erkennt denn auch mit Grausen die Gefahr, in die sie durch das Vorgehen der Pilsudski und Petljura gestürzt worden ist. „Westminster Gazette" schreibt, keiner der neugeschaffenen Staaten brauche den Frieden dringender als Polen. Die Alliierten sollten ihren Einfluß dazu verwenden, den Krieg so bald wie möglich zu beendigen. „Daily News" nennt den Krieg geradezu verbrecherisch. Die Alliierten sollten der polnischen Regierung keinen Kredit und keine Ware Kriegsmaterial geben. Der Völkerbundsrat müsse zusammenberufen werden. Französische Bourgeois-Blätter bezeichnen eine sumpfige Ratlosigkeit.

Ob es gelingt, die polnischen Pans zurückzupfeifen, muß abgewartet werden. Hinter diesen steht die Angst der polnischen Bourgeoisie vor dem drohenden Untergang, die nervöse Furcht vor der roten Rachgarschaft, die bleiben würde und die keine ruhige Stunde aufkommen läßt, hinter Polen steht die unbeschreibbare französische Bourgeoisie, die von dem Stoß auf Kiew den Fall Moskaus, die Zertrümmerung der mit allen Fasern des Herzens gehaßten Sowjetmacht und die endliche Knebelung des überall aufsteigenden Proletariats erhofft, hinter Polen steht das Mordgesindel der ungarischen Regierung, vor dem der Tag des Gerichts aufsteigt, hinter Polen steht erwartungsvoll die deutsche Bourgeoisie, die mit Genugtuung die Waschlappigkeit ihrer Regierung, eine vorzügliche Seiten- und Rückendeckung der polnischen Briganten, wahrnimmt.

Vorgetrieben durch Kräfte, aus deren Verstrickung sie, selbst wenn sie wollte, sich nicht lösen könnte, eilt die polnische Bourgeoisie ihrem Schicksal entgegen. Und der Schlag, den sie gezeichnet, wird sein Echo finden in den Straßen aller Hauptstädte der Erde.

* * *

Das deutsche Proletariat hat die russischen Brüder in ihrem Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen. Da das deutsche Proletariat vorläufig noch nicht so weit ist, mit der Waffe in der Hand Rußland Hilfe zu leisten, muß es auf die Mittel, die in seiner Hand liegen, die Kraft des neuen Angriffs auf Rußland zu brechen unternehmen. Es muß durch Massendemonstrationen seinen Willen bekunden, nicht als bloßer Zuschauer beiseite stehen zu wollen, es muß durch verschärfte Kontrolle der Betriebe, zumal der der Waffen-Industrie, vermutlichen Durchkreuzereien des Unternehmertums von vornherein einen Riegel vorschieben, es muß den Kampf um die politische Macht in verschärften Formen aufnehmen, denn nur eine Regierung, die offen und aktiv in diesem Augenblick ihre Sympathien für Rußland zeigt, bedeutet Hilfe für Rußland. Kein bloßes „Hände weg von Sowjet-Rußland", sondern „Aktive Hilfe für Rußland" muß die Parole sein.

Für die Berliner Arbeiterschaft ist dieser Augenblick der günstigste, den Großen politischen Arbeiterrat Berlins endlich zu wählen und arbeiten zu lassen.

„Syndikalistische Tendenzen?"

Die „Freiheit" und die famosen Polizeiorgane der Spartakuszentrale beschuldigen die KAPD. „syndikalistischer Tendenzen". Das heißt, sie rufen im Bürgertum, im polizeiunterstützenden, im unselbständigen und denkfaulen das Bewußtsein hervor, Syndikalismus an sich sei eine Schuld; wer sich des Syndikalismus schuldig mache, verdiene ausgerottet zu werden. Und wenn dann unter dem entsprechend um mehrere Grade gesteigerten Radau der bürgerlichen Presse als Begleitmusik diese sauberen Führer sämtliche revolutionären Kämpfe, soweit sie nicht an Zeit und Inhalt genau ihren allerschlechtesten Vorschriften entsprechen, verschimpfen und eben den syndikalistischen Tendenzen der KAPD. zuschreiben, dann bedeutet das: Sich selbst vorstellen den Behörden als artige Parlamentsspielzeuge, als Leute mit sauberer Bourgeoiswäsche; die KAPD. aber als „diejenigen, welche . . ." als Aufrührer und Störenfriede bei Behörden und Polizei zu denunzieren. — Im manchen Arbeiterkopf mag immer noch nicht hineinwollen, daß soviel Gemeinheit und Niedertracht existiert, daß soviel Gemeinheit und Niedertracht existieren kann, daß man Mitmenschen, die er ab und zu doch wöchentlich und voll Reinheit im „Dienst des Proletariats" sprechen hört; aber es wird immer deutlicher und immer unverkennbarer Erkenntnis werden: Politik dieser Art, Führerpolitik und Führertaktik, Politik ist aus egoistischen Bedürfnissen, macht den einzelnen skrupellos und verzerrt und verzerrt das Gefühl und jede Gemeinschaft.

Was nun diesen speziellen Fall anbetrifft, wir wären Syndikalisten, so wiederholen wir zum hundertsten und tausendsten Mal: Wir sind keine Syndikalisten. Wir sind es so wenig, daß uns z. B. die syndikalistische Presse in rücksichtsloser Weise bekämpft. (Gott bei dieser Gelegenheit mag ihr übrigens einmal gesund sein, daß sie gut daran tät, wenn anders sie als christliche Revolutionäre, als Stimmer der Masse weiterhin gelten will, sich nicht jeder sächsischen Parlamentung der Parteiflügel schämmigst und bedenkenvoll anzunehmen, wie es mehrfach geschehen ist.) Also nochmals: wir sind keine Syndikalisten, wir unterscheiden uns grundsätzlich von ihnen in mancherlei Punkten. Trotzdem, wir sind Anhänger der marxistischen Theorie und Taktik, die uns die Erkenntnis aufzeigt: die Befreiung des Proletariats, der Kampf um die klassenlose Gesellschaft muß vom Proletariat selbst geführt werden auf Grund der Einsicht in den geschichtlich ökonomischen Prozeß, auf Grund dieser Einsicht in die sich entwickelnden Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Einsicht, die verankert ist im Boden der internationalen, der proletarischen, antikapitalistischen Klassensolidarität, deren Fundament und deren Heiligtum die proletarische Weltinternationale ist, ist bestimmend für die Wahl der Mittel, die nächste gewaltige historische Etappe zu erreichen: die kapitalistische Gesellschaft. Diese Grundeinstellung ist unser regulierendes Prinzip. Modet aber gegenüber werden muß, daß Kämpfe nationaler Natur und aus nationaler Einstellung heraus mit großer Wahrscheinlichkeit noch unsere Zukunfte die Welt in Atem halten werden. Wir stehen weiter grundsätzlich ablehnend gegenüber der syndikalistischen Ideologie, die den Anfang an und für immer und überall einen dem Parlamentarismus ablehnt. Für uns sind solche Entscheidungen abhängig von der politischen Gesamtsituation, dem Reifegrad des Proletariats usw. usw. Wir sehen in solcher syndikalistischen Ideologie den Typ utopischen Denkens, der durch Deklamationen und moralische Entrüstung durch Unterredung und Überlegung sogenannter Mittung ein Ziel zu erreichen sucht, das nur im unerschollen Kampf, mit den verschiedensten Waffen, unter gültigster Ausnutzung des Geländes erreicht werden kann. Und wenn heute die Syndikalisten erklären, sie hätten mit ihrem prinzipiellen Antiparlamentarismus doch recht gehabt, weil wir selbst jetzt ja auch zu seiner Ablehnung — nebenbei in Deutschland — gekommen wären, so haben sie damit so wenig recht, wie die Utopisten gegenüber Marx, Recht an der Forderung an sich liegt es, wenn man nicht weiß, sondern an der Begründung des geschichtlich besten Weges, der zur Erfüllung solcher Forderungen führen kann. Die Forderung bei gleichzeitigen, ehrlichen, befreiten Menschheit ist wahr und trennt nicht Proletarier und Demokraten, Sektierleistenarbeiter und Sozialisten, entscheidend aber ist, an welchem Stadium der Phase zu finden mit die Bedingungen der Selbstbefreiung des Proletariats aufzuzeigen. — Der Syndikalismus beruft unhistorisch, und so ist erklärlich, daß er überall Anhang gewonnen hat, wo, wie eben in kapitalistisch schwach entwickelten Ländern, oder in proletarischen Schichten der Heimindustrie Proletarier mehr gefühlsmäßig, instinktiv, mit entsprechender Unzufriedenheit sich gegen eine sogenannte ungerechte Gesellschaftsordnung auflehnen. Und — interessant und bedeutsam genug — finden sie darin Unterstützung und unbewußte Mitläufer in jenen Intellektuellen des jungen Deutschland, die, eben noch kriegsbegeistert, nunmehr ernüchtert, voll stiftlichen Ekels, mit expressionistischem Geistesaufschwung die Welt schnell und allein mit ihren Posen, mit der Pose zu ändern zu können glauben, ohne durch die harte Schule des proletarischen Klassenkampfes gegangen zu sein.

Aus den geistigen Gefängnissen, wo die Opfer der Syndikalisten von der Begründung des politischen Kampfes ab, von den Zuchthausmauern der gleichfarbigen, fortgeschrittenen Teile des Proletariats in einer Partei. Wir setzen voraus, daß nach keine Möglichkeit, auf ein wirtschaftlicher Basis, allein mit der Waffe des Generalstreiks, durch wirtschaftliche Verbände, das nächste Ziel, die Eroberung der Mehrheit des Proletariats, zu erreichen. Die gesamte Erfahrung, vor allem auch die Erfahrung über den bisherigen Verlauf der Revolution lehrt uns das. Obendrein ist die Erfahrung zu machen, daß die Syndikalisten in dieser Hinsicht, wie allerdings in den meisten, in einem wahren Widerspruch zu den Meinungen schwimmen. Wir halten uns bemüßigt an eine Ihrer letzten Veröffentlichungen, die den Ausdruck Ihrer Mitglieder aus allen Parteien zur Bedingung macht. — Endlich bestreiten wir die Auffassung des Syndikalismus dahin, daß wir vorläufig nur in einem — freilich gründlich gereinigten — dem Mitgedanken entsprechenden Parlamentarismus die angenblicklichen Kampfmöglichkeiten wie die Möglichkeit zum Aufbau einer neuen Wirtschaft sehen können. Freilich trifft auch hier der Syndikalismus im Dasein, und wenn er neuerdings die Auffassung vertritt, daß „jede Stellenaufnahme gewisses Aufgeben der Selbständigkeit der Organisationen und deren Mitglieder einschließe", dann ist hierin die Unterscheidung von und schon nicht mehr grundsätzlich, sondern höchstens noch graduell.

Sind wir so in manchem Gegner des Syndikalismus — und das muß den hartnäckigen Verleumdungen gegenüber gesagt sein —, so mag noch festgestellt sein, was von sogenannten „syndikalistischen Tendenzen" bei uns vorhanden ist. Einmal: Wir lehnen, übrigens in Uebereinstimmung mit der 3. Internationale, nicht ab, in revolutionären Aktionen eine Kampfgemeinschaft mit den Syndikalisten einzugehen. Weiter: wir setzen in ihnen keinen Schreck für politische Kinder, sondern Mitten uns immer eng verbunden in ihrem unaufhaltsamen Kampf gegen militaristisch-bureaukratische Organisationen gegen die unproletarischen Gewerkschaften, gegen bürgerliche Demokratie, und vor allem gegen Parteisplitterschaft, Instanzenpolitik und politisches Kleinstrebertum. Wir erkennen auch offen die Sabotage an als ein — von den Umständen bedingtes — Mittel im Klassenkampf. Wir bitten uns nicht feige um eine solche offene Anerkennung, wie etwa die Spartakusgenossen, wenn sie „privat" nichts dagegen einzuwenden hat, „offiziell" aber es nicht propagiert, ja davon abrät. Diese Art Taktik verachten wir. Wir sind endlich des Glaubens, daß der Syndikalismus sich ständig den Mitgedanken nähert und damit auf eine Bahn gerät, die seine Anhänger mehr und mehr in unsere Nähe rückt.

Die Ausbeuter an der Arbeit.

In Frankfurt a. M. hat ein sogenannter internationaler Wirtschaftskongreß seinen Anfang genommen. Er soll den Eröffnungsworten nach „einen ersten verheißungsvollen Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung eines weltumfassenden echten Friedens" sein. In Wirklichkeit dient er der Aussprache des internationalen Kapitals, wie man seine Macht festigen kann, wie man am geeignetsten den Proletariat ausplündert, wie man das deutschen Kapitalisten hilft gegen das Proletariat, ohne sich allerdings schlau um seinen Gewinn zu bringen oder in Unkosten zu stürzen. Ein holländischer Kommerzienrat erklärte auch richtig: Die Aufgaben der neutralen Länder in Beziehung auf Wiederanknüpfung des Handelsverkehrs mit Deutschland beschränken sich darauf: Förderung der eigenen Interessen. Denn eine Wiederbelebung des Handelsverkehr gebe es nicht. Alle Redner gefunden das Wirtschaftschaos ein. Und für Hilfe zur Rettung? Deutsch Herr Dr. August Müller. Nach der Frankf. Ztg. sagt er:

„Welchen Wert man über die Weltwirtschaft zur Beschränkung des unsichtbaren Bedarfs um? In der Hauptsache auf eine englische Zahlungsmitteilung vom November 1919 gestützt, beantwortet Dr. Müller diese entscheidende Frage dahin, daß das Verhältnis von Warenaus und Einfuhr bei landwirtschaftlichen Produktionsländern ganz und gar nicht ausgeschlossen, da die gegenwärtige Erzeugung den Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1914 beispielsweise in Getreiden teilweise übersteige, ihn in anderen Produktionszweigen durchaus nicht katastrophal nachstehe, und da z. B. die Bevölkerung von Rußgrund im Jahre 1919 nur kaut Fünftel der Weltbevölkerung beschränkt habe. Die Produktionskraft wurde wegen des reichlich schwer zu bestimmenden Einflusses des Bolschewismus Referenten nur sehr behutsam herangezogen. Allen Vorbehalten zum Trotz wurde jedoch der Satz verfochten, daß weder Menge noch Preis einer internationalen Regelung unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen. Für eine solche Lösung, die das Mengen- und das Kreditproblem zusammen lösen müsse, wäre der Völkerbund die gegebene Instanz. Praktisch empfiehlt weiter drei Wege: 1. eine internationale Anleihe, die u. a. das Gute mit bringe, daß sie das in Neutralen angesammelte Kapital zu produktiver Tätigkeit heranziehe, die aber nur gegen starke Widerstände im Gläubigerlager zu verwirklichen wäre und ferner, langdauernde Verhandlungen bedürfe; 2. eine Zusammenschließung von kreditfähigen Industrien und Verbänden in den notleidenden Ländern selber, ein selbstverständliches Verfahren, das mit Ländern selber, ein selbstverständliches Verfahren, das mit dem erfreulichen Ergebnis der bereits bei der technischen Vorbereitungen Übereinstimmte; 3. ein System privater Wirtschafts-Gesetzungs-Kredite mit neutralländerischer Finanzierung der Verkaufsvorgangs-Gewinnungen, wie es in Engelsland bereits zur Anwendung gekommen ist. Der Einwand, daß auf diesem letzten Wege Deutschland in gewissem Umfang zur „Schutzindustrie" für das Ausland geführt werden würde, hält vor der Drohung des nahen Zusammenbruchs nicht stand. Eine Einschaltung der Oeffentlichkeit böte eine begründeteste Sicherung gegen privatwirtschaftliche Monopolisierung. Anderseits ginge von dem letzten Verfahren, dem der Anlage am ehesten entsprechenden, infolge der Heranziehen des Privatkapitals eine Förderung der man einmal, unentbehrlichen privaten Initiative aus.

Der Schluß des Referents stieg vom Wirtschaftstechnischen ins Ethische auf: Letzten Endes ist der Wiederaufbau der Welt ein moralisches Problem. Mit scharfer Absage an den wirtschaftlichen Imperialismus verkündete Dr. Müller die Völkersolidarität als Gebot und Ziel. Die Kulturmenschheit ist ein Ganzes, das nur dann gedeihen kann, wenn alle seine Glieder an den Gütern teilhaben, die gemeinsamer Arbeit an Kulturzwecken entspringen."

Wie sollte ein Deutscher nicht mit der Moral kommen! Noch deutlicher wird der nächste Referent: Mittel zur Rettung: Fleiß ist. Nun: „Im eigenen Lande Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und fanatische Steuerfreudigkeit als oberste Behauptung der Staatsraison!"

— Genug davon. Aber alle Rechnungen, Proletarier, stimmen nur, wenn ihr selbst Pfui haltet.

Politische Rundschau.

Ein Stückchen von Demokratie und Parlamentarismus.

Aus der Frankfurter Ztg.: Herr Dr. Neumann, Syndikus des Verbandes deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten E. V. in Berlin richtete an die angeschlossenen Vereine ein Rundschreiben, in dem es heißt:

In der Ueberzeugung, daß es für die wirtschaftlichen Interessen unseres Gewerbes von großem Nutzen wäre, wenn ich in den Reichstag gewählt würde, hat der Geschäftsführende Ausschuß schon vor Monaten beschlossen, falls ich eine wirtlich aussichtsreiche Kandidatur erhalte, Mk. 50 000 aus dem Kampffonds zur Verfügung zu stellen. —

Herr Dr. Neumann teilt weiter mit, er habe „gute Aussicht für die Deutsche Volkspartei in einem brandenburgischen Wahlkreise an erster Stelle zu kandidieren". Die Parteistellung sei für den Verband von untergeordneter Bedeutung, für ihn komme es lediglich darauf an, daß ein Wirtschaftspolitiker seiner Richtung in den Reichstag eingeht. Und nach einer kurzen Betrachtung über die Haltung, welche die Partei des Herrn Dr. Neumann zum Kapp-Putsch eingenommen hat, heißt es weiter:

Die Frage der Kandidatur ist mit in erster Linie eine Geldfrage. Wenn ich meinerseits Mk. 150 000 aufbringen kann, ist mir die Kandidatur an erster Stelle so gut wie sicher. Schon haben mehrere unserer Vereine sich bereit erklärt, auch ihrerseits erhebliche Beiträge zur Verfügung zu stellen. Ich richte heute auch an alle andern die Bitte . . .

Die Schuldenwirtschaft.

Im Hauptausschuß der Nationalversammlung gab der Reichsfinanzminister bedeutsame Erklärungen über den neuen Haushaltsplan für 1920. Der neue Etat weist im ordentlichen und außerordentlichen Etat eine Gesamtausgabe von rund 40 Milliarden Mark auf, wozu noch ein Fehlbetrag von 12,9 Milliarden aus Reichspost und Eisenbahn hinzutritt. Im ordentlichen Haushalt stehen den laufenden Einnahmen von 2,5 Milliarden Mark fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,95 Milliarden Mark gegenüber, so daß ein Defizit von 2,95 Milliarden Mark verbleibt. Die Ausgaben setzen in fortdauernde von 23,8 Milliarden und einmalige ordentliche Ausgaben von 4,1 Milliarden Mark gegliedert. Die Verzinsung der Reichsschuld betrage 12,4 Milliarden, die Pensionen 3,2 Milliarden Mark. Für Heer und Marine sind 1,9 Milliarden Mark eingestellt und die allgemeinen Verwaltungsausgaben mit 6,3 Milliarden veranschlagt. Zur Bestreitung von Sonderzwecken seien 3 Milliarden eingestellt. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts beziffert sich auf 11,6 Milliarden. Dazu sind aus dem Rechnungsjahr 1919 noch etwa 10 Milliarden Mark verfügbar. An diesen Ausgaben nehme vor allem die allgemeine Finanzverwaltung teil, die zur Ausführung des Friedensvertrages 5 Milliarden beanspruche. Dieser Posten bleibe für die Finanzgebarung des Reiches noch für lange Zeit eine ernste Sorge. Die Frage, ob ich in der Lage sei, für den finanziellen Teil des Berichtigungsvertrages der Eisenbahnen die Verantwortung zu übernehmen, ist nur im Zusammenhang mit dem gesamten Haushalt zu beantworten. Dieser zeigt deutlich, daß eine Uebernahme solcher Defizite auf die Reichskasse und damit auf die Steuerzahler unmöglich ist. Ich stehe auf dem Boden, daß die Genehmigung für Lohnerhöhungen der Eisenbahner und setzt der Beamten nicht ohne Zustimmung der Nationalversammlung erfolgen kann. Die immer ausmaßlich dringenden Forderungen führen zur Notenpresse, wenn nicht neue Einnahmen geschaffen werden. —

Und diese Einnahmen? Steuer und Monopole das heißt Staatskapitalismus, zur intensiveren Ausplünderung der Proletarier.

Aufstern im Zentrumsgebäude.

Am 2. Mai hat sich hier durch Gründung einer „Christlichen Volkspartei" die Spaltung in der rheinisch-westfälischen Zentrumspartei vollzogen. Die neue Partei will bei den kommenden Wahlen mit eigenen Kandidaten hervortreten.

Die „Kölnische Volkszeitung" erklärt zur Gründung der neuen Partei:

Das ist die erste preußische Abspliterung vom Zentrum und es entsteht die Gefahr, daß sie der Anfang und vielleicht das Signal sein wird für weitere Abspliterungen. An Entgegenkommen gegenüber den Führern der neuen Bewegung von Seiten der Leitung der Zentrumspartei hat es wahrhaftig nicht gefehlt. In grundsätzlichen Dingen besteht keine Meinungsverschiedenheit. In der Frage der Aufstellung der Kandidaten oder der Uebernahme von Kandidaten der neuen Gruppe auf die Zentrumsliste war die Leitung der Zentrumspartei zu vollem Entgegenkommen bereit und hat das den Vorsitzenden mit voller Bestimmtheit erklärt. Aber alle Bemühungen haben nichts genützt. Schließlich sind die Vertreter der Gruppe ebenso fernmündlich wie schriftlich eingeladen worden, an einer Sitzung des Provinzialausschusses der Zentrumspartei teilzunehmen, um eine Einigung herbeizuführen und gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Dieser Einladung sind sie nicht gefolgt; ebenso wurde ein Einigungsversuch abgelehnt.

Das ist der zweite Schlag seit Gründung des „Bayerischen Volksparteien". Die Konterrevolution im Bayerischen, wenn der Ausdruck überhaupt Sinn hat für diese katholische Partei, arbeitet scharf und stetig. Immerhin darf uns das nicht zur Ueberschätzung verleiten. Noch steht dieser Turm, geschmiedet und gewachsen gegen Bismarckische Kulturpolitik. Das Zentrum als Ganzes schwenkt ja sowieso nach Erzbergers Sturz wieder ein nach rechts, wohin es gehört. Eine Wiedervereinigung mit den Abgesplitterten ist nicht ausgeschlossen.

Die Baltikumer machen sich Gedanken.

Der „Roten Fahne" ist eine Resolution einer nicht genannten Formation von Baltikum-Soldaten übergeben worden, die folgenden Wortlaut hat:

Wir Baltikumkämpfer können als ehrliche deutsche Soldaten mit unserem Gefühl für Achtung und Liebe zu allem, was deutsch ist, es nicht verleugnen, ausschließlich für die um ihren Besitz zitternde Bourgeoisie zu kämpfen und in diesem Kampfe unsere nur zum Schutze des Volksganzen geschaffenen Waffen gegen weite Teile des werktätigen Volkes zu wenden, mit denen wir im Felde treue Kameradschaft hielten, deren mannhaftes Einsetzen für ihre Ideale wir bewunderten und deren Zielen wir uns verwandt fühlen.

Diese Verwandtschaft der Ziele glauben wir in Folgendem zu erblicken:

1. Vernichtung des ausbeuterischen Kapitalismus;
2. Berufsständische Vertretungen nach Art des Rätesystems;
3. Waffenbündnis mit Rußland;
4. Planmäßige militärische Organisation der zum Werkzeug geworfenen Teile des werktätigen Volkes unter sachkundigen Führern, deren Verantwortlichkeit gesetzmäßig festgelegt und geschützt ist;
5. Für die Uebergangszeit Diktatur eines Mannes.

Da Führung von politischen Bestrebungen dem Wesen der Truppe widersprechen, beabsichtigt sie hierfür einen Mann namhaft zu machen, der ihr Vertrauen genießt und dessen Hinzuziehung zu allen Verhandlungen gewährleistet werden muß.

Die Führer verbinden sich dafür, daß die Baltikumtruppen unter ihren jetzigen Offizieren für dieses Programm rücksichtslos kämpfen, jedoch unter der Bedingung, daß der Nationalrat unangetastet bleibt."

Man sieht, die Baltikumer machen sich Gedanken, wenn auch diese Gedanken vorläufig noch ein wildes Durcheinander darstellen. Die Truppe politisiert, und sie ist es in der Uebergangung, daß ihre beabsichtigte Auflösung und eventuelle Ansiedlung noch gute Weile hat. Geeignete Aufklärung durch Flugblätter dürfte nicht außer Acht gelassen werden.

Agrariergeschäfte.

Unglaubliche Nachrichten kommen zu uns aus Pommern über die Arbeiten der sogenannten „Bieherwertungs-Genossenschaft Schivelbein" und des „Pommerschen Viehhandelsverbandes".

Diese famosen Gesellschaften kaufen im Auftrage der Regierung das Vieh auf, das der Entente geliefert wird. Sie kaufen es zu ungeheuren Preisen, das Rind etwa zu 5—6000 Mark. Die Abnahmekommission für die Entente weist nun sehr viele Tiere zurück, in einem Fall, nun stammt von 700 fünfundzwanzig Stück. Sicher ein Beweis für die Bestechlichkeit der Aufkäufer. Aber das erklärt sich. Denn siehe da, die zurückgewiesenen Tiere werden an die Agrarier nunmehr zurückverkauft, sodaß es häufig vorkommt, daß derselbe Agrarier, der für 5000 ein Stück Vieh verkauft, jetzt für dasselbe Geld zwei seiner abgelieferten Tiere kauft. Welch Fest für Schieber! Und alles bezahlt zuletzt der Proletarier!

Ouverture zu Spau.

Noch hat die beutelüsterne Hand der Entente-Bourgeoisie, obwohl sie schon allerhand aus Deutschland herausgeholt hat, nicht mit vollem Griff zugepackt. Daß es bald geschehen wird, beweist ein Artikel Poincarees, des früheren französischen Präsidenten, den man zum Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission machte, im „Matin". Er wendet sich dagegen, jetzt die „Wiedergutmachungsschuld" für Deutschland festzusetzen, jetzt, da es Deutschland möglich wäre sich kränker erscheinen zu lassen, als es sei und führt dann aus: Auf keinen Fall könne man aber bei einer Festsetzung der Schuld unter den Betrag herabgehen, den einige der französischen Alliierten in früheren Unterhandlungen genannt hätten. Der § 12 des Anneg 2 setze tatsächlich fest, daß Deutschland sofort zwanzig Milliarden bezahlen müsse und vierzig Milliarden Goldmark in Bons, sowie gleichzeitig die Verpflichtung übernehmen müsse, eine neue Emission vorzunehmen, wenn die Wiedergutmachungskommission dieses beschließe, und zwar handle es sich auch hier um vierzig Milliarden Goldmark. Deutschland habe also den Alliierten eine Mindestsumme von hundert Milliarden Goldmark versprochen, ohne spätteren Festsetzungen vorzugreifen. Von diesen hundert Milliarden seien sechzig sofort fällig. Es sei sicher erlaubt, erneut nach einer Zahlungsweise zu suchen, wie etwa steigende Jahresraten, und indem man besser auf die endgültige Festsetzung vorbehalte, nehme man die Aufgabe der augenblickliche Lage Deutschlands Rücksicht, und man könne ihm auch durch Anleihen helfen, sich wieder aufzurichten, seine Schuld gegen Frankreich zu begleichen und auch seine Schulden bei den Neutralen zu liquidieren.

Und wieder schoß man auf Arbeiter!

Aus dem Grau des Tages, das kompromißtüchtige Bonzen im Ruhegebiet zu schaffen verstanden, flackert doch immer wieder das rote Banner der revolutionären Entschlußkraft hoch. Die neue „Polizeiaktion" soll die letzten Spuren austreten, und soll vor allem dem Bürgertum die beruhigende Erkenntnis beibringen, daß die Sicherheitswehr sich bestens bewährt, wenn es gilt auf Arbeiter zu schießen. Ein ernsteres Gefecht fand südlich Düsseldorf statt. Reichswehr- und Sicherheitswehr griffen die zwischen Düsseldorf und dem von Engländern besetzten Gebiet sich sammelnden roten Formationen an und drängten sie auf das besetzte Gebiet zurück, wo sie entwaffnet wurden. Der Gefechtsbericht der Weißen berichtet mit Genugtuung mehrere tote und verwundete Arbeiter und die Gefangenen vieler Waffen. Immer wieder: ob die Leute, die in der Regierung sitzen, kein Gefühl für ihre Schande haben, wenn deutsche Arbeiter sich vor ihren weißen Garden zu den Engländern flüchten müssen?

Der Lügner Scheidemann.

Auf der Reichskonferenz der SPD. am 5. Mai hat Scheidemann laut Bericht des „Vorwärts" u. a. gesagt: „Diese KAPD. hat das merkwürdigste Seelenbündnis geschlossen, das man sich überhaupt vorstellen kann, sie steht in zärtlichen Beziehungen zu Kapp-Leuten. Sehr wahrscheinlich ist, daß die Kapp-Leute sich mit der Regierung auf einer Linie befinden. Ich bin der Ansicht, daß die Regierung Kapp-Leute in ihren Reihen hat. Es ist ein Skandal, daß die Kapp-Leute noch in Amt und Würden sind

politischen Gefangenen in ein und derselben Weise geworfen. Kurz, die Behörden der U.S.O.A. taten, als gebe es den Begriff „politischer Gefangener" nicht.

„Order parieren und Maul halten!" —: Dieser Befehl ist noch heute an einigen Regierungsgebäuden und an Straßenecken angeklebt und zu lesen. Wer ihm nicht nachkam, wurde sofort verhaftet — wenn auch nur auf Grund einer gewöhnlichen Denunziation von Regierungs-Spitzeln, von denen alle Welt wußte, daß sie Agenten der Justizdepartements waren, sie fanden unter persönlicher Leitung eines amerikanischen Tyrannen, eines gewissen Mr. Mitchell Palmer, dem General-Staatsanwalt, dem ehemaligen Führer der korrupten demokratischen Partei in Pennsylvanien; und sie halten ihre Augen offenbar.

Sobald nun die öffentliche Meinung genügend für den Krieg vorbereitet war, folgte ein Regierungsbeschluß auf den anderen, alle eigenhändig von Thomas Woodrow Wilson unterzeichnet; sie tilgten auch den letzten Schatten der Freiheiten des amerikanischen Volks. Die „American Federation of Labor" (amerikanische Arbeitervereinigung), dieses Bollwerk gegen den amerikanischen Kapitalismus, bisher mit Glacéhandschuhen angefaßt, wurde nun ebenfalls an die Kette gepackt, sobald sie es wagte, einen Streik zu befürworten.

Schließlich wurde von der Regierung angeordnet, daß alle Arbeiter, welche nicht „genügend Beschäftigung" nachweisen konnten — hierunter verstand man Beschäftigung in der Kriegsindustrie —, sofort zum Heere eingezogen werden sollten. Sobald aber die Arbeiter sich weigerten, vor den blesen Masen des „Kriegs-Herren" auf dem Bauch zu liegen, wurde sofort die Nationalgarde mit Flinten, Handkanonen und Kugelspritzen zitiert, um ihnen Raison beizubringen. Während auf der einen Seite die Kriegsgewinnler das Volk um Milliarden Dollar prellten, während 2000 neue Millionäre und 6 neue Milliardäre auftauchten, waren auf der anderen Seite Preßfreiheit, Versammlungs- und Rede-Freiheit Dinge, die der sagenhaften Vergangenheit angehörten. Das Kriegsgesetz war die einzige Antwort für Hungerlöhne und Unterlebende. Streiks wurden verboten. Jeder Arbeiter, der keine Geldmittel hatte oder sich weigerte, „Freiheits"-Kriegsobligationen zu zeichnen, wurde von seinem Arbeitgeber auf die schwarze Liste gesetzt, mußte Strafgelder zahlen — oder wurde sogar von den Behörden gemaßregelt, vom Justizdepartement dingfest gemacht. Die amerikanischen Schwarzen Hundert der National-Sicherheits-Liga und andere „patriotischen" Organisationen waren im Verein mit dem Justizdepartement Ankläger und Richter in einer Person. Die einzige revolutionäre Arbeiter-Organisation — die „Industrial Workers of the World" — wurde in Acht und Bann getan und durch unablässige Verfolgungen durch Ueberfälle des Pöbels und durch Einsperrung ihrer Mitglieder effektiv ausgerottet.

Auf diese Weise gelang es der herrschenden Kaste in Amerika, überall den Triumph davonzutragen; und, um die gegenwärtige Lage in Amerika richtig zu verstehen, muß man die Tatsache im Auge behalten, daß mit Ausnahme des „Komitees für Volks-(Lügen)-Nachrichten-Dienst" der gleiche Mechanismus, der für die Gewaltmaßnahmen während des Krieges verantwortlich ist, nicht nur heute noch die Macht in Händen hat, sein Spionagedienst und ihre Inquisition gegen die radikalen Elemente sogar noch verdoppelt hat. Die russische Proletarierrevolution, die jene Situation schuf, wodurch die Throne eitlicher gottgeschaffter Herrscher zusammenkrachten (ein paar weitere werden noch folgen), verursachte gewaltige Unruhe in den Köppen der Wall-Street-Magnaten. Sie wußten genau, daß ihr idyllisches Paradies nur solange sicher war, als die arbeitende Masse sich schweigend unter das Sklavenjoch der Ausbeutung beugte. Um nun ihr höchsteigenes Ideal eines „Landes der Freiheit" vor der Gefahr des Erwachens der amerikanischen Proletarier zu bewahren, zettelten sie ein allgemeines Habeas-Korpus-Verfahren an, erklärten jeden, der nicht Demokrat, Republikaner oder Sozialpatriot war, für vogelfrei, und erneuerten zugleich ihre wütenden Attacken auf die Bureaus der verschiedenen Organisationen, deren Möbel und Einrichtung sie in Trümmer schlugen ließen; ihre Hauptwut richtete sich gegen die kommunistischen Parteien und gegen die Industrial Worker of the World. Der bloße Besitz einer Mitgliedskarte der einen oder andern dieser Parteien galt als hinlänglicher Beweis dafür, daß der Inhaber ein gemeingefährlicher Verschwörer sei, er wurde zu einer Strafe bis zu 20 Jahren schwerer Arbeit und 10 000 Dollars Geldstrafe verurteilt oder, wenn er Ausländer war, zur sofortigen Ausweisung — je nach Belieben des Gerichts. Das gesetzliche Verfahren ist eine unbeliebte Sache — für die Behörden. Sowohl dem Justizdepartement als auch dem Einwanderungsamt, dem Arbeitsministerium, dem Ministerium des Innern, und dem einfachen Richter steht das Recht zu, jemand zu verurteilen. Aber dies Urteil kann von einem andern Richter nach dem „Habeas-corpus"-Gesetz wieder aufgehoben werden und die Anordnung einer Regierungsbehörde kann durch eine andere annulliert werden. Inzwischen ist das Opfer des Gerichtsverfahrens von einem Gerichtshof zum andern, von einem Gefängnis zum andern geschleppt worden, ganz nach Belieben, so daß einer, wenn er auch wegen Mangels an Beweisen nicht verurteilt werden kann, doch wirklich Gefangenheit hatte, die „milde" Hand des amerikanischen Gesetzes kennen zu lernen.

Im Januar 1920 wurden in einer Nacht 5000 Kommunisten-Heime durchstöbert, über 30 Hauptquartiere überfallen, das Mobiliar zertrümmert, die Papiere und Akten vernichtet; über 2500 Kommunisten wurden verhaftet, entsetzlich gemißhandelt und in die demokratischen Hungerlöcher des Landes der Freiheit geworfen.

Man muß sich gegenwärtig halten, daß Amerika eine dualistische Regierungsform hat: die föderalistische Zentral-regierung und die der Einzelstaaten. Die beiden Elemente wetteiferten in diesem wüsten Treiben. In vielen Fällen wurde eine und dieselbe Person von mehreren Staaten einzeln angeklagt und nach Freilassung von einem Staat vom Justizdepartement eines andern wegen desselben Vergehens nochmal eingesperrt. Die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei steht z. B. in Ohio unter einer Strafe von 20 Jahren und 10 000 Dollars; in Illinois, Neuyork und Pennsylvanien die gleichen Strafen; in Montana 25 Jahre und 10 000 Dollars; kann aber verhaftet der Gefängnis-Insasse ihm von einem Staat zur Verbüßung seiner Strafe unverjährte Kerkerzelle, so kann schon vom Justizdepartement eines andern Staates die Strafe willkürlich um 20 Jahre verlängert werden so daß in der endlosen Kette der Strafverfahren ein Sträfling im ganzen 125 Jahre im Kerker schmachten und dazu noch dem Staat und den Einzelstaaten 50 000 Dollars Strafgelder schuldig sein kann. Kann er sie nicht zahlen, so darf ihm eine weitere Gefängnisstrafe zudiktiert werden, um die Geldstrafe abzuzahlen.

Es bedarf aber wohl keiner weiteren Worte, um zu beweisen, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig durch ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Sozialismus und Kommunismus jeden Rekord der Tyrannei in der Geschichte der Menschheit schlagen. Die Aufgabe des amerikanischen Proletariats ist es, die Sklavenketten dieser Tyrannei zu zersprengen. Um ein genaues Bild von der geistigen und numerischen Stärke des der tyrannischen Herrschaft des amerikanischen Kapitalismus kampfbereit gegenüberstehenden amerikanischen Proletariertheres zu bekommen, wird ein kurzer Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der proletarischen Armee und über die Grundzüge ihrer Taktik wonnlich sein.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Groß-Berlin.

Parteiegoismus über internationale Solidarität.

Am Sonntag, 9. Mai, fand im Kliems Festsälen eine Massenversammlung statt, in der die Genossen Wolffheim und Laufenberg sprachen. Beide große Säle mußten genommen werden, um die anströmenden Massen aufzunehmen, die begeistert den Ausführungen der Referenten lauschte. Nach Schluß der Versammlung formierten sich die Anwesenden zu einem gewaltigen Demonstrationszuge, der sich über den Lustgarten, wo sich die Freie Sozialistische Jugend anschloß, nach der Siegesallee zum Moltkedenkmal bewegte, um gegen das Kesseltreiben der imperialistischen Mächte gegen Sowjetrußland und gegen die Anwesenheit des finnischen Proletarierschlächters Mannerheim in Berlin zu demonstrieren. Ein Redner der Freien Sozialistischen Jugend und ein Redner unserer Partei geißelten in vortrefflichen Worten die Tätigkeit der deutschen Regierung und der Ententestaaten zur Niederringung der russischen Revolution und forderten auf, einmütig und geschlossen zusammenzustehen, um den Ansturm gegen unsere russische Bruderrepublik nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten abzuwehren. Leider fand diese einmütige Kundgebung einen sehr schlechten Abschluß. Es erfolgte nach Abschluß der Ansprachen noch „Gen." Pieck den Sockel, bezeichnete die von einer „andern Partei" zusammengebrachten Massen von über 10 000 Personen als „kleine Demonstration" und forderte auf, nicht auf „diese Leute", d. h. auf uns, zu hören. Die Folge war natürlich, daß er von den empörten Massen am Weitersprechen verhindert wurde und die Demonstration sich in Unruhe auflöste.

Hiermit stellt sich die Reichszentrale des Spartakusbundes, der Genosse Pieck bekanntlich angehört, in eine Linie mit den Vatikanmern und den Garden des Knüppel-Kunse, die die geeinten Kundgebungen des Proletariats mit allen Mitteln zu sprengen versuchen. Was schert sie die Kundgebung zu Gunsten Sowjetrußlands? Die Hauptsache ist, daß sie ihre Parteisüppchen kochen können. Parteiegoismus geht ihnen über internationale Solidarität.

Von der E. K. der Komm. Jugendinternationale geht uns folgendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Jugendinternationale und VKS.

„Von verschiedenen Seiten wird versucht, unsere Erklärung zu der Veröffentlichung des VKS. in der Frage der Aufnahme der KAPD. in die KJ. (Rote Fahne Nr. 57) zu einer Stellungnahme in dem Streit der KPD. mit der KAPD. umzudeuten.

Demgegenüber verweisen wir auf den klaren Wortlaut unserer Erklärung, der wir nichts zuzufügen haben.

Wogegen wir uns aber mit besonderer Schärfe wenden müssen, ist der Versuch, unseren Protest gegen die organisatorischen Verhältnisse im VKS. für die persönliche Hetzkampagne gegen Levi und andere Genossen vom Spartakusbund zu mißbrauchen, wie es in der Berliner Kommunistischen Arbeiterzeitung vom 6. Mai der Fall war."

Exekutivkomitee der Komm. Jugendinternationale.

Zwei Mitglieder der FSJD. übersenden uns folgende Erklärung:

Am 27. April 1920 erschien in der Berliner Roten Fahne eine Erklärung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugend-Internationale.

Ein Teil der Zentrale der FSJD. sieht sich veranlaßt, das durch Personalunion mit dem Spartakusbund auf das innigst liierte, westeuropäische Sekretariat in eigener Person zu schützen.

Wir erklären, daß wir es ablehnen, uns als Vorspann von Leuten benutzen zu lassen, die durch ihre bisherige Tätigkeit die Kommunistische Internationale schwer genug kompromittiert haben.

In jener Erklärung der Zentrale der FSJD. wird die Befürchtung ausgesprochen, daß durch die Stellungnahme des Exekutivkomitees der Jugend-Internationale der Radikalisierungsprozeß innerhalb der USP. aufgehalten werden dürfe. Wir halten sie für gegenstandslos und sind der Auffassung, daß die revolutionäre Entwicklung der in der USP. organisierten Arbeitermassen am ehesten gefährdet würde durch eine revolutionäre Politik des westeuropäischen Sekretariats.

Die Jugendzentrale hätte klüger getan, wenn sie die Entscheidung des nächsten Kongresses der Komm. Internationale abgewartet hätte.

Wir protestieren daher gegen die einseitige Parteinahme eines Teils der Zentrale der FSJD.

Drohe aus der USP. ausgetreten.

Groß, Justizrat in Charlottenburg, hat seinen Austritt aus der USP. erklärt. Groß kämpfte gegen die reformistische und opportunistische Grundeinstellung in der USP. war mit Interesse verfolgt worden.

Skandal in der Unterstützungskommission.

Der „Kampfruf", Berliner Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union, veröffentlicht ein Schreiben der Unterstützungskommission der Groß-Berliner Arbeiterschaft für die Opfer der Revolution, in dem es u. a. heißt:

„Dem Antrag der KPD. auf Zulassung eines Vertreters konnte die Unterstützungskommission aus folgenden Gründen nicht entsprechen: Bei der Konstituierung der USK. wurden die Mitglieder auf eine gewerkschaftliche Zugehörigkeit verpflichtet. Die Zulassung eines Vertreters der KPD. lehnen wir aber auch deswegen ab, weil von den Mitgliedern der KPD. in den verschiedensten Bezirken Berlins Versammlungen gehemmt und gestört wurden, die auch zur Unterstützung der Revolutionsopfer aufforderten. Da die Mitglieder der KPD. von ihrer Leitung nicht bedauert wurden, besteht die Auffassung, daß das Vorgehen auf Veranlassung der KPD. geschehen. Die Ablehnung geschieht auch wegen unberechtigter Angriffe gegen die Unterstützungskommission."

Entweder leben die Leute, die in der Unterstützungskommission sitzen, auf dem Mond, oder sie führen den Kampf gegen eine ihnen persönlich unbequeme Parteirichtung auch auf dem heuchlerischen Boden der Unterstützungskommission. Die USK. muß wissen, daß die angeblich von der KPD. vorgenommenen Versammlungssprengungen (das war eine Spartakus-Clique) von deutschnationalen Sprengkolonnen vorgenommen wurden sind, sie muß wissen, daß die Leitung der KAPD. vor derselben Oeffentlichkeit vor Sprengungen und Störungen von Versammlungen auf das eindringlichste gewarnt hat und sie muß wissen, daß, was die gewerkschaftliche Organisation angeht, die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) eine auch wirtschaftliche Kampforganisation ist. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft Berlins zu dem Skandal in der Unterstützungskommission nicht schweigen wird.

Ausbau der Parteiliteratur.

Die revolutionäre Betriebsorganisation der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin gibt ein eigenes monatlich erscheinendes Mitteilungsblatt heraus. Aus dem Inhalt der ersten Nummer heben wir den auf „Betriebsorganisation" bezüglichen Artikel „Was will die Betriebsorganisation?" hervor. Der Kampfruf ist gelegt auf die Behandlung betriebsinterner Angelegenheiten, soweit sie die grundsätzliche Gegnerschaft der VD. gegen die Gewerkschaften und ihre Politik berührend. Das Blatt beweist die Wichtigkeit eines organisierten Nachrichtendienstes aus den Betrieben, der den Berliner „Kampfruf" leider noch fehlt, der aber unter allen Umständen geschaffen werden muß.

Auch der Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M. der KPD. gibt weiter ein eigenes Blatt, die „Rote Fahne" heraus. Die KPD. verfügt nunmehr über vier Parteiblätter, die Berliner „Kommunistische Arbeiter-Zeitung", das Hamburger Bruderblatt gleichen Namens, den Dresdener „Kommunist" und die „Rote Fahne" in Frankfurt a. M. Sämtliche Blätter, unregelmäßig, meist wöchentlich erscheinend, werden aus Mitteln der betreffenden Wirtschaftsbezirke unterhalten. Die Herausgabe eines „Zentral"-Organs hat der Gründungsparteitag bekanntlich abgelehnt.

Verantwortlicher Redakteur: Stoff, Berlin. Druck: S. A. Anderson, Berlin; Willerscheer & Co., beide in Hamburg.

Nummer 95

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 80 Pfennige

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Rettet Sowjetrußland!

Nicht mit Worten, sondern mit Taten!

Proletarier! Durch direkte und indirekte Unterstützung der politischen Banditen von seiten der Entente und der deutschen Regierung wird ein neues unerhörtes Verbrechen an Sowjetrußland begangen. Wir fordern auf, immer erneut den Massen zu sagen, daß Rußlands Schicksal ihr eigenes ist, daß sie Rußland und sich retten können, nicht mit dem Geschrei „Hände weg von Rußland", sondern einzig und allein dadurch, daß sie mit allen Mitteln aktive Hilfe leisten.

Es wird nichts vergessen werden! Hinrichtung von Arbeitern!

Münster, den 11. Mai 1920.

Die Arbeiter Josef Liesemann aus Essen-Borbeck und Josef Fuchs aus Essen waren am 13. April 1920 vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Plünderung mit Waffengewalt zum Tode verurteilt worden. Da der Reichspräsident von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, ist das Urteil in Münster durch Erschießen vollstreckt worden.

Es wird nichts vergessen werden! Es wird alles aufgeschrieben werden. Und der Tag wird kommen, wo das Proletariat Rechenschaft fordern wird. Und unter denen, die als erste vor den Tribunalen des Volks erscheinen werden, wird sich der Sozialdemokrat Friedrich Ebert befinden.

Gelüstet es diesen Menschen nach dem Ruhm, einen Noske zu übertreffen? Der Noske, brutal, seinen Haß gegen das Proletariat aller Welt offenbarend, schlug zu, aber wenigstens offen in all seiner Brutalität. Dieser Ebert quält seine Opfer, grausam, unmenschlich, foltert sie, indem er vor ihnen mit ihrem Leben spielt, das Schicksal Gefangener und Wehrloser in seinen eklen Fingern dreht und wendet und zum Schluß sie dem Tode überantwortet.

Was lag vor? „Plünderung mit Waffengewalt". Hätten Liesemann und Fuchs in der Roten Armee gestanden, so läge Requisition vor, die, da sie im Kriegszustand vorgenommen wurde, erlaubt war. So kann man höchstens von einem Eigentumsvergehen sprechen, mag das geschriebene Bourgeois-Recht zehnmal absichtlich die „Plünderung mit Waffengewalt" im Gegensatz zu dem Eigentumsvergehen setzen.

Allgemeiner Nachrichtenteil.

7. Mai. Der französische Gewerkschaftsbund fordert die Metall- und Bauarbeiter auf, nicht in den Streik zu treten, sondern „auf den Befehl hin zu warten". — Polnische Verfügung in Oberschlesien zu dem Zweck, aus dem nächsten Reichstagsbeschluß eine selbständige Republik zu machen, falls die Abstimmung für Polen unglücklich ausfallen sollte, wird aufgedeckt. — Die deutsche Arbeiterpartei Deutschösterreichs lehnt die Beteiligung an der Genfer Konferenz der 2. Internationale ab. — An der Kaukasusfront überwältigen die Sowjettruppen die Reste des Heeres Denikins, 40 000 Mann stark.

8. Mai. Französisch-schottische Manöver gegen Sowjetrußland und Japan im Osten. — Englische Blätter melden, daß das japanischenglische Defensivbündnis auf 5 Jahre verlängert worden sei. — Dermalige Erschießungen im Rahrgebiet auf Grund kriegsgerichtlicher Erkenntnisse.

9. Mai. 80 000 Textilarbeiter sind in Lodz in den Generalstreik getreten. — Kapitän Ehrhardt hat den Befehl über seine Marinebrigade niedergelegt und sich aus dem Staube gemacht. — Der rheinische Schwerindustrielle Hugo Stinnes hat die amtliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" aufgekauft.

11. Mai. Dem Generalstreik sind in Großbritannien folgende Gruppen gegriffen: Die Bauarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter, Untergrundbahnen, Straßenbahnen, Autos, Binnenschiffahrt, Spedition) ferner alle Arbeiterkatagorien in St. Etienne und Marseille und große Teile der Bergarbeiter und Eisenbahner.

Wegen eines Eigentumsvergehens also schickte sich der Sozialdemokrat Friedrich Ebert veranlaßt, zwei Arbeiter hinrichten zu lassen.

Wir denken nicht daran, Betrachtungen darüber anzustellen, wie weit ein Sozialdemokrat kommen kann.

Wir nehmen dies ins Auge: Daß an der Spitze des Staates ein Mensch steht, der wegen Eigentumsvergehens Besitzlose hinrichten läßt!

Daß er den Besitz derer schützte, die ihn dafür bezahlen, fällt weniger schwer ins Gewicht.

Daß er dabei das Leben von Proletariern vernichtet, das wird nicht vergessen werden.

Mehr Aktivität!

Das politische Leben in Deutschland hat einen beträchtlichen Tiefstand erreicht, daß es selbst in diesem klassischen Lande der Unpolitischen Schrecken erregt. Wir wollen damit nicht dem Herumgeschwätz des bornierten Parlamentes, der politischen Kannegießereien das Wort reden, denn wie verschieden unter proletarischer Politik gerade manchen andern der allem Orientiertes an der gewaltigen Idee der internationalen, antikapitalistischen Klassensolidarität, im Rahmen der gegebenen Staatsform ist einfachster, klarster und zweckmäßigster Weise, das Proletariat aus seinen Bedrängnissen und aus der Richtung seines Werdens heraus auf seine großartige historische Aufgabe hinzuweisen und den heraus reformistischen Mitläufern unverfälscht zum Durchdenken zu verhelfen. Denn der Sozialismus kommt nicht, auch wenn die Bedingungen dazu da sind, wenn die Menschen nicht wollen. Als hohen Grade haben Krise und Revolution das Wollen der Massen angeregt, aber Kabinettspolitik und Parteigezänke, und das SP-Parteiführergezänke, überpinseln noch heute wie seit Jahrhunderten gleich einem Netz das lebendige Leben, wie ein organisiertes Heer widerlicher Schmarotzer zwingen sie noch immer großen Massen ihren eigenartigen Willen auf. So stehen wir heute da, daß die deutsche Innen- wie Außenpolitik — [illegible] vom „Führertum", deren Größe verursacht ist durch Versäumnisse, die die Arbeiter begegnen nun die [illegible] Mittelmäßigkeit [illegible] können —, wiederum [illegible] Kritik wie [illegible] Massen versumpfen. Und während sie von Tag zu Tag verzehren, während das ganze antiproletarische Gestrüpp bei den Staatsapparat besetzte, während das Bürokratengerippe der Gewerkschaften und Parteien ihr Nacken Wollen fälscht und schwächt, wird ihre Aktivität, die doch ganz und gar ihrem Klassenkampf, das Proletariat der Befreiung dienen müßte, hingeleitet auf den Weg schwindet. Ihre Kraft verpufft sich in vielen Bestrebungen, deren, wieviel Mandate die Parteien im schachern können, ob Noske oder Ebert das Parlament einsetzen werden. Solchem politischen Treiben wird sich die KAPD. mit aller Kraft entgegensetzen. Dieser Willen hat sie vor der Berliner politischen Oeffentlichkeit in zwei gewaltigen Versammlungen offenbart, in denen man aus Genossen Hamburg und Wolffheim und Hamburg sprachen. In diesen Versammlungen ist einmal ausgeredet worden mit dem wüsten Schwindel über einen Nationalbolschewismus, den die Lügenzentrale des Spartakusbundes sich zurechtgemacht hatte, um die Opposition zu verdächtigen. Von Tag zu Tag mit seinem Gewichtsmann bei Unrecht ist als Prinzipielle Gestalt vorgestellt worden, die zu Wahrheit verkörpert, als prinzipienloser Geschäftspolitiker, überreif für's Parlament. Aber darüber hinaus ist in bedeutender Weise dem deutschen Proletariat in gedrängter Kürze gesagt worden, daß es seinen [illegible] gang entgegengeht, wenn es nicht endlich [illegible] gewaltige Aktivität entfaltet in jenem Befreiungskampf, wenn es sich nicht anders als bisher großen Ideen mit Gut und Blut bewußt hingibt und ablegt das Heimtückegerum, wie es sich jetzt wieder offenbart in den bürgerlichen Demokratiekampfe [illegible] Unsichtbaren, die sie zum hundertsten Mal mit dem Mantel verdeckter Hände vom Gottes [illegible]. Die Wahrheit trennen diese Herrschaften die Nacht zum Wahl-Lampf und nutzen sich der Entente als Söldnerhalter für eine Kriegsverlängerung zuspielen. Gewiß wenig auch zu nehmen ist das Gerücht der Spartakusgewalt, denn jeder kennt ihre Einstellung bei Kapp-Hilfe bei Abwiegung des Generalstreiks. Wie erschütternder Einbruchsfähigkeit, wiederum unfähig aufgewühlt orientiert das Proletariat auf seine Lage und auf das Muß zur Beteiligung hingewiesen zu haben, das ist das Gewinn dieser Versammlungen. Wir müssen uns bereit machen, nicht als Propheten zu reden, sondern auch mit der Waffe unter Umständen die Diktatur zu sichern und proletarisch und mit Rußland [illegible] Polen. Wir dürfen keine Menschenfresser sein, nichts darf uns Gewaltsam bedrohen, die Intensität, die Kraft, mit der sich jemand der proletarischen Bewegung hingibt, muß uns unter Umständen höher heben als die schäbige Kogil einer Hervorischen Diktatur. Wir dürfen uns sagen — welch Verbrechen für Spartakus — unsere Phraseologie, unsere Gewaltsucht nicht mit uns Mang zu beginnen.

Wenn nun über [illegible] die Bewegung [illegible] die Gundschichten der [illegible] Gegebenheit der [illegible] Gewalt [illegible] Kampfes [illegible] Wenn nun [illegible] Fremde der Spartakusgruppe zu Kopfe und Schwerpunkt (wie sie es bedauern) [illegible] aber [illegible] wenn aus dem Reifen der Mitgliedschaften aber [illegible] etwas kommt, das wiederum Kämpfen im Denken und Handeln des Proletariats [illegible] Im übrigen muß die politische Theorie, [illegible] Bedeutung hat für die Einstellung in der Gegenwart, natürlich gründlich erörtert werden, wenn auch besser in Broschüren, Zeitschriften usw. als in der Zeitung. Es machen wir hier nur einige Andeutungen. Auch, wo